Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen: alle Vermittlungsstellen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 21. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 25 Januar 1926

Einfachere Verwaltung.

Es stimmt etwas nicht im Bau unseres Reiches! Man schüttelt den Kopf darüber, daß ein Drittel unseres Volkseinkommens für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen wird. Das Schütteln wird stärker, wenn man außerdem noch feststellen muß, daß jene Summe eine rasch nach oben ansteigende Linie aufweist, daß trotz starken Beamtenabbaus eine Herunterschraubung der öffentlichen Ausgaben nicht erfolgt ist. Selbst grundsätzliche Gegner unserer jetzigen Wirtschaftsform erklären die Verdreifachung der Steuerlast gegen 1913 als untragbar für die Wirtschaft. Aber tatsächlich ist die Vermehrung der Steuern eine viel größere, reicht bis dicht an das Fünffache heran.

Da stimmt etwas nicht im Bau unseres Reiches, in der Finanzgebarung, in der Verwaltung. Nicht in personeller, aber auch nicht in sachlicher Hinsicht. Wir haben ja seit Jahren den Sparkommissar oder vielmehr eine Sparkommission. Nun ist soeben im Reichstag ein Zentrumsantrag eingegangen, der eine neue Kommission aus Mitgliedern des Reichstags, der Länderparlamente, der Spitzenorganisationen der Gemeindeverbände, Vertretern der Wirtschaft usw. gebildet wissen will. Diese Kommission soll dann in Verbindung mit dem Sparkommissar Vorschläge zu einer wirklich durchgreifenden Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung machen. Ein Antrag, aufs innigste zu begrüßen! Und an Arbeit wird es der Kommission wirklich nicht fehlen.

Die Fehlerquelle scheint nicht einmal so sehr in der Zahl der Beamten und Staatsangestellten zu liegen, wodurch die Beamtenabbauaktion doch recht radikal eingegriffen worden ist. Gewiß mag manche Behörde auch jetzt noch „übersetzt" sein, könnte der Abbau hier und da noch fortgesetzt werden. Aber die eigentliche Quelle des Übels ist darin zu erblicken, daß Reich, Staat und Gemeinden mit „Aufgaben" überlastet sind und immer noch werden, daß dort viel zu viel „regiert" wird, daß die Behörden „Aufgaben" überflüssiger Art übernehmen, sich förmlich zu einer solchen Übernahme drängen. Die Gesetzgebungsmaschine arbeitet allerdings in einem unerhört schnellen Tempo, zieht den Kreis der Verwaltungsaufgaben ohne jede Rücksicht immer weiter und weiter. Es ist ganz unübersehbar, was beispielsweise das Aufwertungsgesetz an Verwaltungsarbeit beansprucht. Bis in die letzte Gemeinde hinein ist dieser förmliche Wettlauf des „Regierens", des überall Kontrollierens und Inspizierens zu verspüren. Die Maßnahmen aus der Kriegszeit, vielleicht noch übertrumpft dann in den Jahren der Inflation, schreien geradezu nach Abstellung. Aber leider schimpft man zwar über die Vielregiererei doch nur, um dann bei jeder Gelegenheit selbst nach einem Eingreifen der Behörden zu rufen! Nur schwerfällig aber vollzieht sich in der ihrem Wesen und Herkommen nach arbeitenden Verwaltungsmaschinerie eine Anpassung an die Änderung der Zeiten. Wieder ein Beispiel: Es gibt Steuern, bei denen die Erträge in gar keinem Verhältnis zur aufgewandten Behörden„arbeit" stehen. Es gibt Steuern, bei denen die Erträge nicht einmal die erste Million erreichen! Auch hier hat die Kommission reichen Stoff zur Arbeit. Mit der gleichen Schwerfälligkeit wird an der Gültigkeit von Verordnungen und Verfügungen festgehalten, die vielleicht unter ganz anderen Verhältnissen gegeben waren, sich aber „wie eine ew'ge Krankheit forterben", wie der Dichter spottet.

Doch noch auf etwas anderes kann man hinsichtlich der Verbilligungsvorschläge jener Kommission gespannt sein: wird die Zahl der Parlamentarier in Deutschland vermindert werden? Im preußischen Staatsrat ist z. B. soeben erst wieder darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Preußische Landtag im Jahre 1913 nur 1,9 Millionen Mark kostete, im Jahre 1925 aber 5,2 Millionen Mark. Es gibt in Deutschland nicht weniger als 2000 Parlamentarier. Wer je in den parlamentarischen Betrieb hineingesehen hat, der weiß, daß die Hälfte dieser 2000 überflüssig ist. Besonders deswegen, weil ja die Parlamente der Länder einen großen Teil ihrer früheren Aufgaben an das Reich abgegeben haben. Wieder einmal liegt dem Reichstag der Entwurf eines Wahlgesetzes vor, durch das die Zahl der Abgeordneten herabgesetzt werden soll. Die Länder mögen diesem Beispiel in möglichst großem Ausmaß Folge leisten! Die Zahl von 450 preußischen Landtagsabgeordneten ist grotesk hoch.

Wenn nur jene Kommission nicht dem Schicksal allzuvieler Kommissionen verfällt, dem nämlich, aus den Erwägungen nicht herauszukommen! Rasche Entschlüsse sind aber bitterste Notwendigkeit.

Antrag auf Volksentscheid.

Einreichung am 25. Januar.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volksentscheid traten abermals unter dem Vorsitz eines Vertreters der Gewerkschaften zusammen. Entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses wurde beschlossen, den zum Volksbegehren einzureichenden gemeinsamen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten am Montag, 25. Januar, im Reichsministerium des Innern einzureichen.

Der beigefügte Gesetzentwurf schlägt u. a. vor: Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet. Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat. Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der Inflation, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz. Alle Verfügungen, einschließlich der Hypothekenbelastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist.

Sturm im Untersuchungsausschuß.

Die Erwiderung der Marineleitung

Admiral Brüninghaus spricht.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Ursache des Zusammenbruchs setzte heute der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann sein Referat über die Unruhen in der Marine fort. Er erklärte, aus den Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenunruhen zu einer Waffe gegen die Linkssozialisten gemacht werden sollten. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren beherrscht. Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs das deutsche Waffenstillstandsangebot herauskam, hätten die Admiräle auf eigene Faust einen

Flottenvorstoß gegen England

geplant. Diesen hätten die Mannschaften verhindert. Der Flottenvorstoß hätte bei der Entente als heimtückische Treulosigkeit der Reichsregierung gegolten und die Parole der völligen Niederwerfung und Vernichtung Deutschlands hervorgerufen. Vor diesem Schicksal Land und Volk gerettet zu haben, sei das geschichtliche Verdienst der Heizer und Matrosen, die den wahnsinnigen Plan der Admiräle vereitelt hätten. Die Ausführungen des Abg. Dittmann werden von zahlreich erschienenen sozialdemokratischen Parlamentariern von starken Kundgebungen begleitet. Das Wort erhält darauf als Vertreter des Reichsmarineamts

Korvettenkapitän Canaris.

Als dieser zu Beginn seiner Ausführungen die von Dittmann gegen die Marineleitung vorgebrachten Vorwürfe zurückzuweisen versucht, erhebt sich bei den Sozialdemokraten und Kommunisten großer Lärm, die ihm zurufen, er habe nicht zu kritisieren, sondern zu widerlegen. Korvettenkapitän Canaris erklärt darauf, daß bis zum Schluß in der Marine zwischen Offizieren und Mannschaften

ein ungetrübtes Vertrauensverhältnis

bestanden habe. Er werde den Nachweis liefern, daß die Rädelsführer der Meuterei in der Flotte enge Beziehungen zu der U. S. P. hatten und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen das Material für ihre die Disziplin untergrabende Tätigkeit geliefert hätten. Die damaligen Angeklagten Reichpietsch und Sachse hätten noch vor ihrer Verhaftung mit dem Parteisekretär der U. S. P. Senz in Kiel die Flottenstreikfrage besprochen. Diesem gegenüber habe Reichpietsch behauptet, daß die Parteileitung der U. S. P. den beabsichtigten Flottenstreik gekannt und gebilligt habe. Die Verbindung der Meuterer mit den Führern der U. S. P. gehe aus den Akten einwandfrei hervor, darum müsse angenommen werden, daß auch umgekehrt die Mitglieder der U. S. P. Kenntnis gehabt hätten von den Absichten der Matrosen, die auf einen Flottenstreik und auf gewaltsame Beendigung des Krieges hinausgingen. Aus der Urteilsbegründung gehe hervor, daß die Matrosen nicht wegen Zugehörigkeit zur U. S. P., sondern weil sie sich zur

gewaltsamen Lahmlegung der Flotte

zum Flottenstreik, zur Maschinensabotage, evtl. zur Internierung der Flotte in einem neutralen Hafen verbunden hätten, verurteilt worden seien. Die Flotte sei überzeugt gewesen, daß ein unverzüglicher Zugriff zum Erfolge geführt hatte. Dieser Zugriff sei unterblieben und diejenigen, die ihn unterlassen hätten, träfe die Schuld. Korvettenkapitän Canaris wies dann die Behauptung zurück, daß die Todesurteile nicht gerechtfertigt gewesen seien. Der Flottenchef sei mit außerordentlicher Sorgfalt vorgegangen und habe seine Entscheidung erst nach längerer Rücksprache mit einem Mitgliede des Reichsmilitärgerichtes gefällt. Nach der Rede des Korvettenkapitäns Canaris kam es dann zu

lärmenden Zwischenfällen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses fragte den Kapitänleutnant, ob er identisch sei mit jenem Offizier, der im Prozeß gegen die Mörder von Liebknecht und der Rosa Luxemburg als Beisitzer fungierte, und der beschuldigt wird, daß er am meisten dafür tätig war, daß der Mörder Vogel flüchtig werden konnte. Aus der Beantwortung dieser Frage würden sich Konsequenzen ergeben, und die Linke würde es als eine Brüskierung seitens des Reichswehrministeriums betrachten. Korvettenkapitän Canaris erklärt, er habe zu diesen persönlichen Sachen nichts zu sagen. Er sei als Vertreter der Marineleitung anwesend und werde sich nicht auf das persönliche Gebiet begeben. Diese Erklärung rief auf der Linken große Entrüstung hervor.

Man rief Canaris „Schuft! Helfershelfer! Feiger Lump!" zu. Der Vorsitzende hatte große Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Der Kommunist Rosenberg wünschte eine Unterbrechung der Sitzung, damit man vom Reichswehrministerium einen anderen Vertreter verlangen könnte. Der Zentrumsabgeordnete Joos und der Demokrat Dr. Bergsträßer redeten an, der Ausschuß möge über diese Fragen in einer geschlossenen Sitzung beraten. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Darauf nahm der

Admiral Abg. Brüninghaus

als Korreferent das Wort, der dagegen schärfsten Einspruch erhob, daß der Abg. Dittmann in eigener Sache und einseitig eingestellt vor der breitesten Öffentlichkeit seine persönliche Stellungnahme wiedergeben konnte. Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften sei außerordentlich gut gewesen. Der erschossene Matrose Reichpietsch habe, wie aktenmäßig feststeht, mit der USP. in Verbindung gestanden. Die Vorwürfe gegen die Offiziere der Kaiserlichen Marine würden in sich zusammenbrechen, wenn festgestellt sei — und das werde festgestellt —, daß die beabsichtigte Flottenaktion gegen England das Einverständnis der Reichsregierung gefunden habe. Dann müßten auch die Schlußfolgerungen fallen, in denen die Admiralität und die Offiziere der Marine

als Vaterlandsverräter hingestellt

werden. Der Abg. Brüninghaus schließt seine Ausführungen etwa folgendermaßen: Ich möchte doch namens der alten Wehrmacht aufs schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß uns, die wir alle das Bestreben hatten, unser Vaterland zu retten, Motive untergeschoben werden, die nie in irgendeinem anständigen Offizier irgendwie Grund und Wurzel gefaßt haben. Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß wir hier als Verbrecher am Vaterland hingestellt werden, während wir den ganzen Krieg nur in dem heißen Bemühen geführt haben, unser Vaterland zu retten. Dann vertagte sich der Ausschuß auf Montag, den 25. Januar.

Für Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Die kommende Wohnungszählung.

Im Preußischen Staatsrat trat Wohlfahrtsminister Hirtsiefer für den möglichst schnellen Abbau der Zwangswirtschaft ein und erklärte, durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel habe eine ganz erhebliche Belebung des Baugeschäftes stattgefunden. Besondere Schwierigkeiten und Sorgen bereite die Beschaffung der ersten Hypotheken; man habe sich bemüht, diese ersten Hypotheken in diesem Jahre in andere Kreise hineinzubringen, um die Wohnungsfrage damit auf ein erweitertes Geleise zu bringen. Verhandlungen über die Kreditbeschaffung seien mit dem Reichsbankpräsidenten angeknüpft. Man müsse in Preußen jährlich möglichst mindestens 120- bis 140 000 neue Wohnungen herstellen.

Ministerialdirektor Conze erklärte, daß man in den nächsten Monaten eine Wohnungszählung zu erwarten habe. Die Neubautätigkeit habe im Laufe der Jahre ständig zugenommen. In der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis zum 1. Oktober 1925 seien 92 000 neue Wohnungen hergestellt worden, davon seien 21 000 Wohnungen ohne jede öffentliche Hilfe erbaut worden. Man hoffe aber, im nächsten Jahr die Zahl von 100 000 neu geschaffenen Wohnungen zu erreichen.

Russisches Ultimatum an China.

Binnen drei Tagen Entscheidung.

Der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, richtete eine Note an den Präsidenten der chinesischen Republik, in der er schärfsten Protest gegen die Verhaftung des sowjetrussischen Direktors der chinesischen Ostbahn, Iwanow, durch die Organe Tschangtsolins einlegte. Die Note verlangt binnen drei Tagen die Freilassung Iwanows, die Herstellung geordneter Zustände auf der ostchinesischen Eisenbahn und die Durchführung des über die Ostbahn abgeschlossenen Vertrages. Wenn die chinesische Regierung nicht imstande sei, diese Forderungen mit eigenen Kräften zu erfüllen, so solle sie sich damit einverstanden erklären, daß die Sowjetregierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung dieser Forderungen sicherstelle. Eine Abschrift der Note soll der russische Konsul in Mukden Tschangtsolin überreichen.

Der verhaftete russische Leiter der chinesischen Ostbahn, Iwanoff, wurde in das chinesische Hauptquartier gebracht. Von chinesischer Seite ist ein sowjetfeindlicher russischer Ingenieur zum Direktor des südlichen Abschnitts der Bahn ernannt worden. Für die Züge, die von Charbin nach